

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. November 1999

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	3	Holetschek, Klaus (CDU/CSU)	7, 8
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	32, 33	Hollerith, Josef (CDU/CSU)	14, 15, 17, 18
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine	10, 11, 13, 14 (CDU/CSU)	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	28, 29
Deittert, Hubert (CDU/CSU)	20, 21	Lensing, Werner (CDU/CSU)	4
Eymer, Anke (CDU/CSU)	16, 17	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.)	26, 27
Günther, Joachim (Plauen) (F.D.P.)	1, 2	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn)	24, 25 (CDU/CSU)
Hartnagel, Anke (SPD)	22, 23	Streb-Hesse, Rita (SPD)	18, 19
Hauser, Hansgeorg (Rednitzhembach)	30, 31 (CDU/CSU)	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	12, 13
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	5, 6	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	9

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
**Joachim
Günther
(Plauen)
(F.D.P.)** Hat es bis zum heutigen Tag im Rahmen von INTERFET oder auf anderer Grundlage einen Flugeinsatz der in Darwin/Australien stationierten Transall gegeben und welcher Art waren diese möglichen Einsätze?
2. Abgeordneter
**Joachim
Günther
(Plauen)
(F.D.P.)** Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die auf eine Änderung des gegenwärtigen Transportaufkommens hindeuten oder wird ein baldiger Abzug der Bundeswehrsoldaten aus Australien in Erwägung gezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordnete
**Ilse
Aigner
(CDU/CSU)** Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die geplante BaföG-Strukturreform (BaföG: Bundesausbildungsförderungsgesetz) zu verwirklichen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass 549 Mio. DM durch die Umbuchung der BaföG-Förderbeträge im Bundeshaushalt frei geworden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordneter
**Werner
Lensing
(CDU/CSU)** Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass zwei deutsche Firmen CS-Gas-Granaten an die Türkei geliefert haben, die am 11. Mai dieses Jahres gegen die PKK angeblich völkerrechtswidrig eingesetzt worden sein sollen (ZDF-Sendung „Kennzeichen D“ vom 27. Oktober 1999), und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
5. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU)** Wie steht die Bundesregierung zu der Aufforderung, „die positive Entwicklung junger Unternehmen mit Nachdruck (zu) unterstützen und mit zusätzlichen Anreizen (zu) fördern“ und der Einschätzung, es sei

richtig, „die entsprechenden Fördermaßnahmen für Innovationskapital auf hohem Niveau fortzuführen“?

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Kürzung der Ausgaben für „Forschung und Entwicklung im Mittelstand“ im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zurückzunehmen, um dieser Zielsetzung zu entsprechen? |
| 7. Abgeordneter
Klaus
Holetschek
(CDU/CSU) | Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, „auf den europäischen und internationalen Märkten gezielter mittleren Unternehmen zu helfen“? |
| 8. Abgeordneter
Klaus
Holetschek
(CDU/CSU) | Will die Bundesregierung im Sinne dieser Zielsetzung die Kürzungen im Haushalt 2000 bei den Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für Außenwirtschaftsführung rückgängig machen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordneter
Gerald
Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU) | Zu welchen Mindereinnahmen bei der gesetzlichen Krankenversicherung würde die von der Bundesregierung geplante Reduzierung des Rentenzuwachses auf einen „Inflationsausgleich“ in den Jahren 2000 und 2001 führen? |
| 10. Abgeordnete
Dr. Sabine
Bergmann-Pohl
(CDU/CSU) | Ist es richtig, dass der Deutsche Bundestag entsprechend einer Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses 1998 das Bundesministerium für Gesundheit aufgefordert hat, gesetzliche Regelungen dahin gehend zu treffen, dass allen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung während des Erziehungsurlaubs eine beitragsfreie Familienversicherung gewährt wird? |

11. Abgeordnete
**Dr. Sabine
Bergmann-Pohl**
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum wurde bei der Gesundheitsreform oder bei anderer Gelegenheit diesem Votum des Petitionsausschusses nicht gefolgt?
12. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, die Leistungen der Pflegeversicherung nach dem Spielraum, den das Mittelaufkommen in der Pflegeversicherung langfristig bietet, zu verbessern?
13. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die entsprechend dem „Zukunftsprogramm 2000“ im Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes vorgesehene Kürzung der Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen zur Pflegeversicherung zurückzunehmen, um einen „Spielraum des Mittelaufkommens“ in der Pflegeversicherung zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

14. Abgeordneter
**Josef
Hollerith**
(CDU/CSU)
- Wie entwickeln sich die Mittelausgaben in den Hauptbautiteln des Bundesfernstraßenbaus in der mittelfristigen Finanzlage?
15. Abgeordneter
**Josef
Hollerith**
(CDU/CSU)
- Was plant die Bundesregierung bezüglich des Sozialdumpings im europäischen Straßengüterverkehr durch die Beschäftigung ausländischer Fahrer zu unternehmen, deren Lastkraftwagen innerhalb der Europäischen Union zugelassen wurden?
16. Abgeordnete
**Anke
Eymer**
(CDU/CSU)
- Welchen Anteil kann die Bundesregierung leisten, um den Familien der landwirtschaftlichen Betriebe, denen durch den Bau der Bundesautobahn A 20 im Süden Lübecks ihre historisch gewachsene Agrarstruktur zerschnitten wird, ihre Existenz auf den Höfen zu erhalten, und wie könnte Ersatzland zwecks Umsiedlung vollständiger Betriebe bereitgestellt werden, etwa dadurch, dass hierfür Flächen des

Bundes bzw. der BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) zur Verfügung gestellt werden?

17. Abgeordnete
**Anke
Eymer**
(CDU/CSU)

Ist es unter dem Gesichtspunkt, dass der Schlüssel für die Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der A 20 im Süden Lübecks ca. 10 : 1 (300 ha Ausgleichsfläche gegenüber 28 ha Trasse) beträgt, richtig, dass in anderen Regionen Deutschlands, etwa in Mecklenburg-Vorpommern, ein geringerer Ausgleich erforderlich ist, und kann dieser Ausgleichsschlüssel bundeseinheitlich verkleinert werden?

18. Abgeordnete
**Rita
Streb-Hesse**
(SPD)

Liegt, wie die Berichterstattung in den Frankfurter Medien meldet, mittlerweile ein Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Regelung des Anwohnerparkens vor, der, wie vom Deutschen Städtetag gemeldet, die Neuregelung ab Frühjahr 2000 vorsieht?

19. Abgeordnete
**Rita
Streb-Hesse**
(CDU/CSU)

Erwartet die Bundesregierung aufgrund der bisher vorliegenden Informationen ein kontroverses Rechtsetzungsverfahren?

20. Abgeordneter
**Hubert
Deittert**
(CDU/CSU)

Wird die für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 33 zwischen Borgholzhausen und der A 2 im Bereich des Thatenhausener Forstes diskutierte Trassenvariante V 16 von der Bundesregierung unterstützt?

21. Abgeordneter
**Hubert
Deittert**
(CDU/CSU)

Steht die Bundesregierung auch unter Berücksichtigung der vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Investitionen im Verkehrshaushalt zu ihrer Aussage, den Lückenschluss der A 33 schnellstens zu bauen?

22. Abgeordnete
**Anke
Hartnagel**
(SPD)

Inwieweit wird die Bundesregierung auf der bevorstehenden Hauptversammlung der IMO (International Maritime Organization) durch eigenes Abstimmungsverhalten sowie durch politische Einflussnahme auf das Abstimmungsverhalten anderer Staaten über den EU-Rahmen hinaus der 1998 verabschiedeten Resolution des IMO-Umweltausschusses zum

weltweites Verbot der Applikation von Organozinnanstrichen bei Schiffskörpern zum Jahr 2003 zur Durchsetzung verhelfen?

23. Abgeordnete
**Anke
Hartnagel**
(SPD)

Inwiefern wird sie dabei auf die Erarbeitung einer eigenständigen Konvention zur rechtlichen Durchsetzung dieses Beschlusses bis zum November 2000, sowie deren Abstimmung auf einer Umweltministerkonferenz im Sommer 2001 bestehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer**
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen der Hochtechnologie in Deutschland hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Gründung der *In-Q-It, Inc.*, eines auf High-Tech-Spionage spezialisierten Subunternehmens (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober 1999), durch den amerikanischen Geheimdienst CIA?

25. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer**
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung Abwehrmaßnahmen hiergegen oder die Gründung einer ähnlichen Einrichtung mit ähnlicher Zielsetzung?

26. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(F.D.P.)

Kommen beim Einsatz von Beamten des Bundeskriminalamtes, auch bei Tätigwerden als verdeckte Ermittler „manipulierte Handys“ als Abhörmikrofone zum Einsatz und, wenn ja, mit welchem Zweck?

27. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(F.D.P.)

Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Manipulationsmöglichkeiten an und mit Handys, die Hersteller ggf. gesetzlich zu verpflichten, Handys technisch abhörsicher zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Ansprüche auf das bei einer Wiener Bank verbuchte Vermögen der Firma F. C. G. (vgl. Rheinischer Merkur vom 29. Oktober 1999), und auf welche weiteren in das Ausland verbrachten Vermögen aus der DDR – getrennt nach staatlichem Vermögen sowie Vermögen der Parteien und Massenorganisationen – erhebt die Bundesrepublik Deutschland Anspruch?
29. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung nach einem „effizienten und bürgerfreundlichen Staat“ und dem Versprechen, „Bürokratie ab(zu)-bauen“, und kann die Bundesregierung im Sinne dieser Zielsetzung zusichern, dass für die weiteren Stufen der Öko-Steuer nicht erneut neue Stellen beim Zoll geschaffen und die bürokratischen Verpflichtungen für die Unternehmen vergrößert werden?
30. Abgeordneter
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu einer Abwertung großer Einkünfte aus „Kapital und Vermögen“ als „leistungsloser“ Reichtum?
31. Abgeordneter
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass das Bundesministerium der Finanzen die Broschüre „Unsere Steuern von A–Z“ zurückgezogen hat, in der, wie das Handelsblatt vom 2. November 1999 schreibt, „mit eindrucksvoller Objektivität die steuerreformerischen Leistungen der heute so diffamierten Vorgängerregierung gewürdigt“ und der Bundesminister der Finanzen Hans Eichel in seinem Vorwort „offensichtlich der steuerpolitischen Bilanz der Regierungsarbeit von 1982 bis 1998 ein hervorragendes Testat“ erteilt hat?
32. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Bereinigung von steuerlichen Vorschriften (Steuerbereinigungsgesetz 1999) zur Änderung des § 3 Nr. 26 des Einkommensteuergesetzes den Begriff „Aufwands-

entschädigungen“ durch „steuerfreie Einnahmen“ ersetzt und was bedeutet dies für den betroffenen Bezugskreis?

33. Abgeordneter
**Norbert
Barthle**
(CDU/CSU)

Wie groß ist nach Auffassung der Bundesregierung der zukünftig nach § 3 Nr. 26 des Einkommensteuergesetzes begünstigte Personenkreis durch die Hinzufügung der Betreuer mit „direktem, pädagogisch ausgerichtetem Kontakt zu den von ihm betreuten Menschen“, und mit welchen Steuermindereinnahmen rechnet die Bundesregierung nach Erhöhung der steuerfreien Einnahmen auf 3 600 DM jährlich und der Ausweitung des begünstigten Personenkreises gegenüber der bisher geltenden Regelung?

